

## **Landesseniorenbeirat des Saarlandes unterstützt „Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung“**

**„Die vom Vorstand des Deutschen Vereins verabschiedeten Empfehlungen werden vom Landesseniorenbeirat des Saarlandes in Übereinstimmung mit den Seniorenvertretungen der übrigen Bundesländer vollinhaltlich mitgetragen“, betont der Vorsitzende des saarländischen Landesseniorenbeirates, Josef Mailänder, und informierte mit Brief vom 14.12.06 an die (Ober-)Bürgermeister/innen aller saarländischen Städte und Gemeinden über die aktuelle Initiative des Landesseniorenbeirates.**

Im Rahmen dieser Initiative appelliert der Landesseniorenbeirat an alle 52 saarländischen Kommunen, den Belangen älterer Mitbürger/innen in angemessener Weise auf der Grundlage der „Empfehlungen des Deutschen Vereins“ Rechnung zu tragen. In seinem Brief betont Josef Mailänder: „Der Landesseniorenbeirat begrüßt es sehr, wenn die vom Deutschen Verein unterbreiteten Vorschläge und Anregungen bei den Planungen und der Projektarbeit in den Kommunen zu einer senioren- sowie generationengerechten und damit zukunftsorientierten Kommune eine sachgerechte Berücksichtigung finden würden. Kommunen, die im Zuge des demografischen Wandels im Rahmen ihrer Entwicklungsplanung diesen Belangen Rechnung tragen, werden auch im Wettbewerb um Einwohner auf der Gewinnerseite sein.“

Weiter führt der Vorsitzende des Landesseniorenbeirates des Saarlandes dazu aus: „Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen hat die 'Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Planung und Gestaltung der Sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung' einstimmig begrüßt. Dabei haben sich die Vorsitzenden der Seniorenvertretungen der Bundesländer bereit erklärt, deren Übermittlung an die Städte und Gemeinden Ihrer Länder sicher zu stellen.

Die Empfehlungen beruhen auf der Erkenntnis, dass der Alltag von Seniorinnen und Senioren noch stärker als der anderer Altersgruppen vom persönlichen und sozialen Umfeld und den Lebensbedingungen in ihrer Wohnkommune mitbestimmt wird.

In der Entwicklung auf eine „Gesellschaft des langen Lebens“ hin, in der „immer mehr Menschen immer älter werden und ihr Anteil an der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten stetig wachsen wird, setzt der Deutsche Verein auf eine nachhaltige Ausgestaltung der Daseinsvorsorge in den Kommunen und darauf, die Altenhilfe als eine gemeinwesenorientierte Aufgabe zu verstehen und gemeinsam mit den Beteiligten so weiterzuentwickeln, dass Selbstbestimmung und Selbstständigkeit der älteren Menschen in der örtlichen Gemeinschaft und in sozialen Netzwerken gesichert werden können“.

Unbestritten gilt als oberstes Ziel, die unabhängige Lebensführung älteren Menschen sowohl aus humanitären wie auch finanziellen Gründen im Interesse der Betroffenen wie auch der Kommunen so lange wie möglich zu erhalten.

Die Tatsache, dass einerseits 70% der über 85-jährigen noch in der Lage sind, ein eigenständiges Leben zu führen und andererseits das durchschnittliche tatsächliche Alter beim Renten- bzw. Ruhestandsbeginn bei 59 Jahren liegt, macht deutlich, dass eine kommunale Seniorenpolitik nicht nur von der Frage ausgehen darf: „Was kann die Gesellschaft für Senioren/innen tun?“ Die Frage: „Was können Seniorinnen und Senioren für die Gesellschaft tun?“ bedarf auf kommunaler Ebene ebenso dringlich einer Beantwortung, wenn man berücksichtigt, dass nach Umfragen die Bereitschaft zu freiwilligem bzw. ehrenamtlichem Engagement in der Altersgruppe der über 60jährigen am stärksten gestiegen ist. Die Fähigkeiten und das Erfahrungswissen älterer Menschen sind Ressourcen, die im gesellschaftlichen Interesse nicht länger in diesem Umfang brach liegen dürfen. Das ehrenamtliche bzw. freiwillige Engagement entspricht dabei sowohl dem Selbstwertgefühl der Seniorinnen und Senioren gebraucht zu werden, wie auch ihrem Wunsch nach Anerkennung ihrer für das Gemeinwohl erbrachten Leistungen.“

Für die Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft empfehle der Deutsche Verein eine ressortübergreifende interdisziplinäre Sicht und eine daraus erwachsende koordinierte Planung sowie die Nutzung positiver Ergebnisse aus einer Vielzahl von Modellprojekten. Die Empfehlungen zeigten, welche Prozesse eine Kommune für die sich verändernden Rahmenbedingungen statistisch und planerisch erfassen, was sie organisatorisch und strukturell initiieren und was sie zur Sicherung einer senioren- bzw. generationengerechten Entwicklung moderieren sollte. Hierzu verweisen die Empfehlungen auf eine weitgehende Übereinstimmung mit Bedürfnissen anderer Personengruppen, wie Familien mit Kindern oder behinderten Menschen.

Konkrete Empfehlungen würden u. a. zu den Handlungsfeldern alternatives Wohnen insbesondere mit Nachbarschaft, Gesundheitsförderung und Prävention, Kompetenzen des Alters und bürgerschaftliches Engagement, Infrastruktur für die Hilfe und Pflege sowie die Nutzung neuer Steuerungsmöglichkeiten in der Altenarbeit gegeben.